



Frau Bundeskanzlerin

---

Ergebnisse aus der Meinungsforschung

09. März 2018

---

# Wochenbericht KW 10

**forsa | Emnid | infratest dimap**

Wähleranteile:	Union bei 35 % bzw. 33 %, SPD bei 19 % bzw. 18 %
Wirtschaft:	Erwartungen eher pessimistisch
Weltpolitische Lage:	Sorge um den Weltfrieden wächst Lage in Syrien wird als größte Bedrohung wahrgenommen
Wichtigste Themen:	Koalitionsverhandlungen/Regierungsbildung

## Wähleranteile

Angaben in Prozent

	<b>forsa</b> für RTL/n-tv	<b>Emnid<sup>1</sup></b> für BamS
CDU/CSU	35 (-)	33 (-)
SPD	18 (-)	19 (+3)
FDP	9 (-)	8 (-1)
DIE LINKE	9 (-)	10 (-1)
B'90/Grüne	12 (-)	12 (-)
AfD	13 (-)	13 (-2)
Sonstige	4 (-)	5 (+1)
Erhebungszeitraum	26.02.-02.03.	01.-07.03.

Die Union liegt bei forsa 17 (-) und bei Emnid 14 (-3) Prozentpunkte vor der SPD.

## Kanzlerpräferenz

Angaben in Prozent

	<b>forsa</b> für RTL/n-tv
Merkel	48 (-)
Nahles	14 (-)
Merkel <sup>2</sup>	45 (+1)
Scholz <sup>2</sup>	20 (-9)
Erhebungszeitraum	26.02.-02.03.

Angela Merkel liegt bei der Kanzlerpräferenz 34 (-) Prozentpunkte vor Andrea Nahles.

87 % (-1) der CDU/CSU-Anhänger präferieren Merkel und 4 % (+1) Nahles.

Von den SPD-Anhängern würden sich 37 % (+1) für Nahles und 34 % (-1) für Merkel entscheiden.

Bei der Alternative zwischen Merkel und Scholz sprechen sich 84 % (-) der CDU/CSU-Anhänger für Merkel und 7 % (-2) für Scholz aus; von den SPD-Anhängern präferieren 48 % (-5) Scholz und 28 % (-3) Merkel.

<sup>1</sup> Sperrfrist bis zur Veröffentlichung in der Bild am Sonntag (11.03.2018)

<sup>2</sup> Im Vergleich zur KW 7

	<b>forsa</b> für RTL/n-tv	
CDU/CSU	26	(-1)
SPD	6	(-)
sonstige Parteien	12	(-1)
keine Partei	56	(+2)
Erhebungszeitraum	26.02.-02.03.	

64 % (-1) der Unionsanhänger meinen, dass die eigene Partei mit den Problemen in Deutschland am besten fertig wird, bei den SPD-Anhängern sagen dies 32 % (-3) von ihrer Partei.



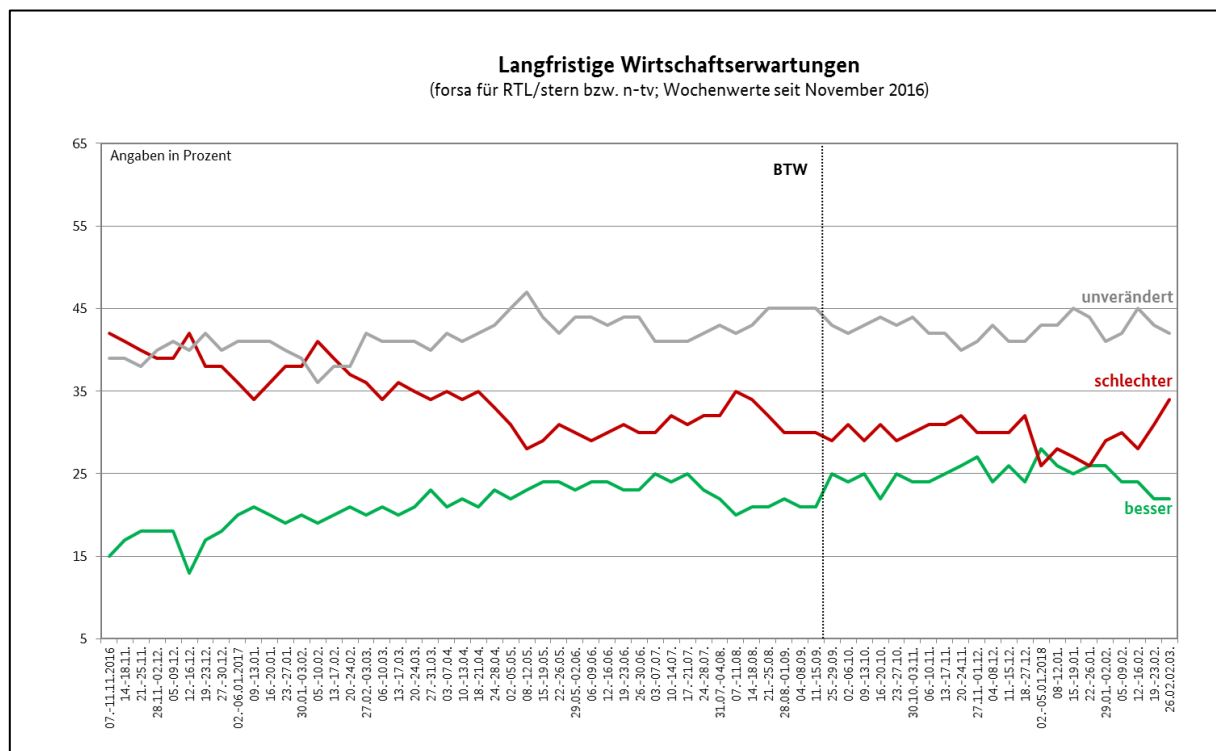
## Langfristige Erwartungen für die Wirtschaft

Angaben in Prozent

	forsa für RTL/n-tv	
besser	22	(-)
schlechter	34	(+3)
unverändert	42	(-1)
Erhebungszeitraum	26.02.-02.03.	

Die langfristigen Wirtschaftserwartungen haben sich im Vergleich zur Vorwoche verschlechtert.

Der Anteil der Bevölkerung, der mit einer Verschlechterung der wirtschaftlichen Verhältnisse in Deutschland in den kommenden Jahren rechnet, liegt um 12 (+3) Prozentpunkte höher als der Anteil, der von einer Verbesserung ausgeht.



## Machen Sie sich Sorgen um den Weltfrieden?

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 7

	forsa für BPA	
sehr große	15	(+3)
große	47	(+2)
wenig	30	(-3)
keine	7	(-3)
Erhebungszeitraum	26.02.-02.03.	

Anhänger der Linkspartei (72 %) und der Union (67 %) machen sich überdurchschnittlich oft (sehr) große Sorgen um den Weltfrieden. Über 60-Jährige machen sich häufiger (sehr) große Sorgen als unter 30-Jährige (70 % zu 48 %) und Frauen häufiger als Männer (68 % zu 55 %).

Anhänger der AfD (42 %) machen sich überdurchschnittlich oft weniger bzw. keine Sorgen um den Weltfrieden.

## Weltweite Krisen(regionen) als Gefahrenquelle für Deutschland

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 7

	forsa für BPA	
Syrien	21	(+11)
Asien, Nordkorea	17	(-8)
USA	14	(-2)
Naher Osten, arabische Länder	12	(+3)
Türkei	9	(+1)
Asylbewerber, Flüchtlinge	8	(-)
Russland	7	(+2)
Krieg/Terrorismus allgemein	6	(+1)
Erhebungszeitraum	26.02.-02.03.	

Nach Meinung der Bundesbürger wird die Lage in Syrien als größte Gefahr für Deutschland wahrgenommen.

Gutverdiener (28 %) und Anhänger der FDP (27 %) nennen die Lage in Syrien überdurchschnittlich häufig als größte Gefahrenquelle für Deutschland.

Über 60-Jährige (19 %), Geringverdiener (18 %), Anhänger der Linkspartei (20 %) und der FDP (19 %) sehen die Situation in den USA überdurchschnittlich oft als Gefahrenquelle für Deutschland an.

## Rolle Deutschlands in der Weltpolitik

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 7

	forsa für BPA	
sollte mehr Verantwortung übernehmen	41	(+4)
sollte weniger Verantwortung übernehmen	11	(+2)
Deutschland tut bereits genug	46	(-6)
Erhebungszeitraum	26.02.-02.03.	

Anhänger der Grünen (56 %), der Linkspartei und unter 30-Jährige (jew. 48 %) sind überdurchschnittlich oft der Meinung, dass Deutschland mehr Verantwortung in der Weltpolitik übernehmen sollte.

Hingegen sind Anhänger der AfD (37 %) überdurchschnittlich oft der Ansicht, dass Deutschland weniger Verantwortung übernehmen sollte.

Frauen (53 %), über 60-Jährige und Personen mit mittlerer formaler Bildung (jew. 52 %) sowie Anhänger der FDP (60 %), der SPD (54 %) und der Union (51 %) meinen überdurchschnittlich häufig, dass Deutschland bereits genug tut.

## Rolle Deutschlands in der EU

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 7

	forsa für BPA	
nimmt zu viel Rücksicht auf andere EU-Mitgliedstaaten	41	(-1)
nimmt zu wenig Rücksicht auf andere EU-Mitgliedstaaten	15	(-)
verhält sich alles in allem genau richtig	40	(+1)
Erhebungszeitraum	26.02.-02.03.	

Personen mit einfacher formaler Bildung (54 %) und Ostdeutsche (48 %) sowie Anhänger der AfD (64 %) sind überdurchschnittlich oft der Meinung, dass Deutschland zu viel Rücksicht auf die EU-Mitgliedstaaten nimmt.

Geringverdiener (21 %) und Anhänger der Linkspartei (29 %) sind hingegen überdurchschnittlich oft der Meinung, dass Deutschland zu wenig Rücksicht auf die EU-Mitgliedstaaten nimmt.

Personen mit hoher formaler Bildung (45 %), Anhänger der Grünen (50 %), der SPD (48 %), der Union (47 %) und der FDP (45 %) finden das Verhalten Deutschlands überdurchschnittlich häufig genau richtig.

## Wichtigste Themen

Angaben in Prozent

	infratest dimap für BPA
Koalitionsverhandlungen/Regierungsbildung	31 (-)
Abgas- bzw. Dieselskandal/Diskussion um Fahrverbote in Innenstädten	16 (-11)
Flüchtlinge, Ausländer in Deutschland/Zuwanderungs-, Asylpolitik	11 (-3)
SPD-Mitgliederentscheid über Koalition mit der Union	5 (+2)
Handelsbeziehungen zur USA	5 (neu)
Rentenpolitik/Altersvorsorge	5 (+3)
Erhebungszeitraum	06.-07.03.

Die Bundesbürger beschäftigen sich in dieser Woche am meisten mit den Koalitionsverhandlungen bzw. der Regierungsbildung.

Die Koalitionsverhandlungen bzw. die Regierungsbildung werden überdurchschnittlich häufig von Anhängern der Union, der SPD (jew. 38 %) und der Linkspartei (37 %) genannt. Personen mit hoher formaler Bildung nennen sie häufiger als Personen mit einfacher formaler Bildung (39 % zu 26 %) und Gutverdiener häufiger als Geringverdiener (37 % zu 23 %).

Das Thema "Abgas- bzw. Dieselskandal/Diskussion um Fahrverbote in Innenstädten" wird besonders häufig von 35- bis 49-Jährigen (24 %) sowie von Anhängern der AfD (26 %) und der Union (21 %) genannt.

